

Kehrseiten des Alltags in Riga

Sympathisch beim Stimmungsbericht aus Riga (NZZ 14. 2. 08) ist die Sensibilität für die Kluft zwischen den Gewinnern und den Verlierern des rasanten Überganges. Weniger verständlich ist, dass die negative Charakterisierung der gut 30 Prozent umfassenden russisch sprechenden Minderheit so unbesehen übernommen wird. Wenn der 23-jährige lettische Geschichtsstudent als Informant wirklich die Mehrheitsmeinung vertreten sollte, so wäre das ein schlechtes Omen für Lettland.

Die Prüfung von Minderheitsvertretern für die Erlangung der Staatsbürgerschaft wird als Kleinigkeit abgetan. Die besonders diskriminierende Sprachprüfung für die Zulassung zu einzelnen Berufen wird nicht erwähnt. Diese führt dazu, dass kaum je eine Person der Minderheit eine wichtige Beamtenstelle erhält. Die Diskriminierung spiegelt sich auch im Umstand, dass prozentual erheblich mehr Russischsprachige nach Westeuropa auswandern. Auch der seit Jahren die lettische Politik blockierende Korruptionskandal rund um den lettischen Bürgermeister von Ventspils gehörte eigentlich zum Puls der neuen Zeit.

Willy Schenk (Oftringen)

Edvard Kocbeks Mitschuld

Im Beitrag «Mit leerem Kopf nickt es sich leichter» («Literatur und Kunst», NZZ 9./10. 2. 08) würdigt Wilhelm Baum verschiedene slowenische Schriftsteller wegen ihres aussergewöhnlichen Mutes und Widerstandes gegen das Tito-Regime. Daneben stellt er ihr beachtliches literarisches Werk vor. Der Autor geht dabei auch auf das politische Engagement von Edvard Kocbek ein, bis 1951 Mitglied der jugoslawischen Regierung. Er verharmlöst die verhängnisvolle Entscheidung Kocbeks, sich und seine christliche Gruppierung vom nichtmarxistischen slowenischen Widerstand gegen die faschistische Herrschaft – den Domobranzen – abzuspalten und diese bedingungslos den kommunistischen Partisanen unter Tito zu unterstellen.

Als Folge gewannen die Partisanen, die als Kommunisten bei der Bevölkerung sehr wenig Anklang fanden, in Slowenien an Gewicht. Es entwickelte sich in fast jeder Familie ein Bruch, ein entsetzlicher Bruderkrieg mit ungeheuren Opfern unter den gegen die deutsche Okkupation Widerstand leistenden Kräften war die Folge. Als Mitglied der Regierung war Kocbek auch über die nach Kriegsende erfolgten Massenerschiessungen an «Regimefeinden» (Domobranzen sowie königstreuen Tschetniks) informiert. Er hat diese mitzuverantworten. Dies zur Klarstellung Kocbeks politischer Rolle, die im genannten Artikel etwas unscharf dargestellt wird.

Georg von Herberstein (Wien)

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Der Bericht über Riga ist sehr interessant, doch die Autorin bleibt die Antwort schuldig, wie es möglich ist, dass sich in einem Land, das zu den ärmsten in der EU zählt, in wenigen Jahren 700 Millionäre emporarbeiten konnten. Wie können «unzählige kreative Jungunternehmer» auf legalen Wegen zu einem schnellen Reichtum gelangen, wenn die Einkommen der Bevölkerung und insbesondere die der Rentner bei gleichzeitiger hoher Inflationsrate so niedrig sind, dass für diese nur über die Schwarzwirtschaft und mittels Schwarzarbeit ein Überleben möglich wird? Wie in vielen anderen Ländern, die aus dem einstigen russischen Imperium hervorgegangen sind, dürfte der neue Reichtum auch hier auf eine schamlose Ausplünderung früherer staatlicher Ressourcen zurückzuführen sein. Die angeführte Bemerkung eines Juristen, «alles sei sauberer und weniger korrupt geworden», deutet in diese Richtung.

Andreas Benkart (Mannheim)

Jura-Tunnel nicht nur für den Güterverkehr

Der Vorschlag, einen dritten Bahntunnel durch den Jura zwischen Mittelland und Nordwestschweiz nur für den Güterverkehr einzurichten (NZZ vom 20. 2. 08), ist nicht bedarfsgerecht. In den kommenden Jahren werden die Hochgeschwindigkeitszüge aus Frankreich und Deutschland über verschiedene Neubaustrecken immer schneller nach Basel gelangen, um dann teilweise erst nach langen Wartezeiten auf uralten Strecken den Jura zu queren. Zur Überwindung von 80 Kilometern zwischen Zürich und Basel brauchen die TGV und ICE eine volle Stunde – wo gibt es das sonst noch? Für einen Grossteil der Schweiz – speziell Zürich – bleibt damit der Anschluss an das internationale Hochgeschwindigkeitsnetz prekär. Die Kantone beidseits des Juras werden nicht bereit sein, eine Milliardeninvestition ausschliesslich für den Güterverkehr zuzulassen und damit auf einen besseren Anschluss an dieses Netz zu verzichten.

Thomas Bürgi (Zürich)

Fäkalien auf dem «Bahnkörper»

«Auch der Bahnverkehr bedroht Böden und Gewässer», erläutert ein Artikel in der NZZ (13. 2. 08) und berichtet vom Staub der Bremsen und der Schienen, vom Kupfer und Zink der Anlagen, die solches abgeben. Gemäss Gewässerschutzverordnung gelte Gleisabwasser generell als nicht verschmutzt, liest man weiter – und reibt sich erstaunt die Augen. Da musste ja quasi das letzte Bergbauergüetli im Schächental an eine ARA gehen! Nicht wegen der Kühe, wegen der von Menschen generierten Abwässer. Bekanntlich müssen auch die Bahnreisenden hin und wieder, und seit es Bahnen gibt, plumpst und plätschert das, von wenigen Ausnahmen abgesehen, durch das ominöse Rohr hinunter auf Schwellen, Schotter und Geleise, im Artikel «Bahnkörper» genannt. Es liess sich hochrechnen, wie viele Fäkalien dieser arme Körper schon über sich ergehen lassen musste seit der «Spanisch-Brötl-Bahn». Aber darüber wird kein Wort verloren. Gehört die Verrichtung der Notdurft nicht zum «normalen Bahnbetrieb»? Wird bezüglich Gewässerschutz bei der Bahn mit anderen Ellen gemessen als beim Rest der Schweiz?

Martin Frei (Zürich)

Das Bild von Che Guevara

Das Gewalttätige und Blutrünstige an der Kultfigur Che Guevaras wird so gut wie nie erwähnt, da werden schon eher die edlen Motive für den Kampf beschworen. Umso wichtiger ist die Darstellung von Uwe Stolzmann, «Das Gespenst einer totegläubigen Ideologie» in «Literatur und Kunst» (NZZ 16./17. 2. 08), und umso wichtiger ist auch für die betroffenen Länder und Politiker, sich den Fakten zu stellen.

Historiker stehen hier offenbar vor einer noch nicht eingelösten Bringschuld, um ein realistischeres Geschichtsbild – für die breite Öffentlichkeit – zu zeichnen. Denn es geht um umfassende Aufarbeitung und um die Förderung der freiheitlichen Demokratie, die sich als Diskussion und Auseinandersetzung mit friedlichen politischen Mitteln und möglichst ohne Gewalt versteht bzw. wo Gewalt nur als Ultima Ratio in Frage käme. Demokratisches Bewusstsein sollte dazu führen, jene Menschen zu ehren und zu fördern, die möglichst gewaltfrei und nachhaltig für Demokratie und Freiheit eingetreten sind und eintreten, und nicht zweifelhafte Führerfiguren zu beklatschen, nur weil dies auch gewisse Medien tun.

Anders gesagt: Eine politische Bildung, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit je nach ideologischem Standpunkt völlig ungleich bewertet, wird ihrem Auftrag nicht gerecht. Der exzessive Gebrauch von «guten» Wörtern und «positiv» besetzten Kampf-

begriffen sollte skeptisch machen und kritisch hinterfragt werden.

Karl Brunner (Klagenfurt)

Uwe Stolzmanns einseitiger, ja geradezu verlogener Bericht über Lateinamerika, vor allem was Che Guevara betrifft, sollte nicht ohne Widerspruch bleiben. Wenn man weiss – und man weiss es! –, wie während Jahrhunderten die Völker Südamerikas und Mittelamerikas von den Eroberern, Kolonialisten, Grossgrundbesitzern und fascistischen Diktatoren mit Hilfe von Militär, Polizei, Kirche und CIA-Agenten unterjocht, ausgebeutet und massakriert worden sind, so grenzt es an Unverschämtheit und an Geschichtsverfälschung, wenn jemand sich anmass, die Befreier Lateinamerikas und vor allem Che Guevara als Verbrecher und Mörder hinzustellen. Wer sind die Biografen Ches, die Stolzmann zitiert? Ist es nicht perfid, einem Befreiungskämpfer aus dem Zusammenhang seiner Aussagen und Schriften herausgegriffene Wörter wie «Hass», «Tod», «Gewalt» und «Krieg» vorzuhalten, während man vergebens nach den Namen und den begangenen Verbrechen der schlimmsten Herrscher und ihrer US-Helfer sucht? Es liegt mir fern, Fidel Castro und Hugo Chávez hochzujubeln, doch so, wie sich Che «zwei, drei, viele Vietnam» wünschte, so wünschte ich allen unterdrückten Völkern dieser Erde «zwei, drei, viele Che Guevara».

Konrad Aeschbacher (Erlach)

Liberalismus und Sozialdemokratie

Mit grossem Interesse habe ich im Feuilleton (NZZ 18. 2. 08) die aufschlussreiche Rezension des provozierenden Buches von Jonah Goldberg («Liberal Fascism») durch Jan-Werner Müller gelesen. Der Titel der Rezension diffamiert allerdings den Liberalismus nach kontinentaleuropäischem Verständnis, führt die Leserschaft in die Irre und beleidigt selbst in der Frageform viele Liberale. Seit Jahren versuche ich darauf aufmerksam zu machen, dass der Begriff «liberal», wie ihn die Amerikaner und Kanadier spätestens seit Reagan verwenden, ziemlich genau dem entspricht, was wir hierzulande als «sozialdemokratisch» bezeichnen. Das schreibt auch der Rezensent: «Liberalismus» bedeutet in der

amerikanischen Politik schon seit langem nicht mehr, was die Europäer unter «Liberalismus» verstehen.»

Warum dieses Missverständnis dann gleich im Titel des Artikels wieder geschürt wird, ist mir unerklärlich. Titel dürfen provozieren und zum Lesen ermuntern, aber sie dürfen nicht das Gegenteil von dem suggerieren, was nachher im Text zu lesen ist. Wollte man dem, was der Autor anspricht und der Rezensent kritisiert, Rechnung tragen, müsste man aufgrund einer korrekten Übersetzung des «American liberalism» folgende Frage stellen: «Sozialdemokratie als Faschismus mit menschlichem Antlitz?»

Robert Nef
Präsident Liberales Institut (Zürich)

Schule als wichtigste Kulturträgerin

Kultur betrifft nicht nur die hohe Kunst, und bei der Kulturförderung sollte auch einmal an die Basis gedacht werden: Der grösste und wichtigste Kulturträger ist die Schule. Werden dort die Grundlagen nicht gelegt, kann mit der Zeit der ganze Kulturbetrieb zusammenpacken.

Dem Verfassungsartikel 69, auf den sich das Kulturförderungsgesetz stützt, war sowohl im National- als auch im Ständerat aufgrund von Argumenten für einen guten Musikunterricht in den Schulen zugestimmt worden. Es ist kein Geheimnis, dass der schulische Musikunterricht bei uns – im Unterschied zu den nordischen Ländern – häufig schlecht oder gar nicht durchgeführt und in vielen Schulen kaum noch gesungen wird. Dabei ist längst erwiesen, wie wichtig der Erwerb musikalischer Kompetenzen für die geistige und soziale Entwicklung der Kinder ist.

1999 hatte FDP-Nationalrätin Käthi Bangerter eine als Postulat überwiesene Motion eingereicht, die forderte, «gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um eine landesweite und ganzheitliche Förderung der Musikausbildung zu ermöglichen». In dem 2005 vorgelegten

Entwurf zum Kulturförderungsgesetz kam der Bereich musikalische Grundausbildung gar nicht vor. Der Schweizer Musikrat beantragte deshalb in seiner Vernehmlassungsantwort, dass der Bund die schulische und die auserschulische musikalische Bildung, den künstlerischen Nachwuchs und die Weiterbildung von Kunstschaftern in Ergänzung zu kantonalen und kommunalen Bildungsmassnahmen fördern und koordinieren solle. Und 2006 beschloss der Nationalrat, mit der Abschreibung der Motion Bangerter zuzuwarten bis zu ihrer Umsetzung im Rahmen des Kulturförderungsgesetzes.

Nun kommt der enttäuschende überarbeitete Entwurf demnächst in die Räte. Die Nachwuchsförderung wird jetzt in Artikel 10 noch restriktiver behandelt, der Vorschlag des Schweizer Musikrates ist gar nicht berücksichtigt. Nun ist nur noch zu hoffen, dass Kommissionen und Parlament zwar auf den Gesetzesentwurf eintreten, ihn aber zurückweisen und bei der schulischen und auserschulischen musikalischen Bildung auch Kompetenzen des Bundes verlangen.

Ernst Waldemar Weber (Muri)

Umstrittene Polizeikontrolle

Wie der NZZ vom 18. 2. 08 zu entnehmen ist, wird im Kanton Zürich ein Krankenpfleger, der aus der Republik Kongo stammt, wegen einer am Auto unnötig eingeschalteten Nebellampe von zwei Polizisten kontrolliert: Sie blenden ihn mit einer Taschenlampe, verlangen, ohne den Grund zu nennen, einen Ausweis, und weil der Mann, der gerne den Grund der Kontrolle erfahren hätte, diesen nicht gleich zückt, reissen sie ihn aus dem Wagen, werfen ihn bäuchlings zu Boden, legen ihn Handschellen an und fahren ihn auf den Posten, zwecks Kontrolle seiner Personalien. Die Geschichte liest sich wie ein Krimi.

Die erste Gerichtsinstanz, die den Fall korrekt, souverän und menschlich beurteilt hat, ist die Einzelrichterin am Bezirksgericht Bülach. Sie anerkennt, dass keine willentliche Behinderung einer Amtshandlung stattgefunden hat, und spricht den Krankenpfleger frei. Die Staatsanwaltschaft war damit nicht einverstanden, und das von ihr eingeschaltete Obergericht verurteilt den Mann zu Strafe und Busse. Der bisher unbescholtene Mann verdient aber, nach gesundem Menschenverstand beurteilt, weder eine Strafe noch eine Busse, sondern eine Entschädigung. Eine eingeschaltete Nebellampe empfehle ich hingegen der Staatsanwaltschaft und dem Obergericht zur Erhellung ihrer nebulösen Entscheide. Man bedenke ausserdem, was dieses unnütze Aufbauschen eines Bagatelldelictes, der von der ersten Instanz richtig beurteilt worden ist, nur wieder kostet!

Ruth Gattiker (Zürich)

Inkonsequente Ustermer Kulturpolitik

Am Sonntag, 17. Februar, war ich wie häufig als Freiwillige zuständig für die Kasse im Kulturkino Qtopia. Der Qbus war voll, über 110 Personen wollten den Film über Lotti Latrous sehen. Einmal mehr freute ich mich und staunte darüber, wie vielfältig das Publikum war.

Als der Kredit für den Qbus bewilligt wurde, war ich noch Stadträtin in Uster. Es ist mir also bewusst, dass es sich um eine vorübergehende Lösung handelt. Aber was jetzt passiert (NZZ 15. 2. 08), wundert mich und empört mich auch. Wie kann einer der bestgenutzten Säle dieser Stadt aufs Spiel gesetzt werden, indem der Stadtrat sich für eine Fortführung im Stadthof ausspricht und gleichzeitig kein konkretes Projekt in Sichtweite ist? Vermutlich würden Jahre vergehen, bis der Saal für die Kleinkunst im Stadthof zur Verfügung steht, und die Aufbauarbeit von verschiedenen Veranstaltern im Qbus wäre längst für die Katz. Nun taucht plötzlich das Zeughausareal als Möglichkeit auf, nachdem vorher immer wieder zu hören und zu lesen gewesen ist, weshalb dort in den nächsten Jahren noch nichts laufen werde. So geht es doch einfach nicht!

Es ärgert mich, wenn ich von den politischen Gremien immer wieder das Loblied auf die Freiwilligenarbeit höre und gleichzeitig erleben muss, wie leichtfertig ein Produkt von sehr viel freiwilliger Arbeit fallengelassen werden soll. Aus meiner Erfahrung als Stadträtin weiss ich, nicht alles ist machbar. Aber ich bitte den Stadtrat eindringlich, sich ernsthaft dafür einzusetzen, dass der Qbus noch einige Jahre am heutigen Standort existieren kann und erst gezügelt wird, wenn wirklich eine Alternative vorhanden ist. Ich bin überzeugt, der Stadtrat würde im Interesse von sehr vielen Menschen handeln.

Heidi Vogt (Uster)

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 229. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Markus Spillmann
Stellvertreter: Hansrudolf Kamer
Koordination: Beat Brenner

International: Hansrudolf Kamer, Reinhard Meier, Jürg Dedial, Beat U. Wieser, Cyrill Stieger, Anton Christen, Jürg Betsch, Oswald Itin, Werner J. Marti

Schweiz: Matthias Saxer, Christoph Wehrli, Bruno Lezzi, Claudia Schoch, Walter Hagenbüchle, Alfred Neukom, Hanspeter Mettler, Claudia Baer, Claudia Wirz, Markus Hofmann, Martin Senti, Paul Schneebberger, Simon Gemperli; **Bundeshaus:** Beat Waber,

Monika Rosenberg, Katharina Fontana, Daniel Gerny, Eva Matter Schaffner

Wirtschaft/Börse: Gerhard Schwarz, Heinz Bitterli, Thomas Kreyenbühl, Jost Willi, Reinhold Gemperle, Beat Brenner, Werner Enz, Beat Gygi, Ermes Gallarotti, Nicole Rütli Ruzjicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Marco Kaufmann Bossart

Feuilleton: Martin Meyer, Marianne Zelger-Vogt, Christoph Egger, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli

Zürich: Thomas Ribli, Thomas Felber, Alois Feusi, Michael Baumann, Adrian Krebs, Rebekka Haefeli, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Troxler, Marcel Gyr, Jürg Meier, Benjamin Tommer, Urs Bühler, Michael Furger, Kuno Gurtner, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Gordana Mijuk; **Zürcher Kultur:** Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays

Sports: Felix Reidhaar, Peter Jegen, Christoph Fisch, Jan Mühlethaler, Thomas Renggli, Flurin Clallina, Andreas Kopp

Nachrichtenredaktion: Nicoletta Wagner

Wissenschaft / Forschung und Technik: Heidi Blattmann, Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Vera Bettenworth

Beilagen (Mobil · Digital / Reisen und Freizeit / Dossier): Walter Hagenbüchle, Friedemann Bartu, Rainer Stadler, Stefan Betsch, Susanna Müller

Weitere Redaktionen (Leitung): NZZ Folio: Daniel Weber; **NZZ Film und Fernsehen:** Wolfgang Frei; **NZZ Online:** Fredy Greuter; **NZZ am Sonntag:** Felix E. Müller

VERLAG UND PRODUKTION

Direktor: Daniel Hofer

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 13 23, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich
Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39
E-Mail: leserservice-schweiz@nzz.ch

International: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, E-Mail: leserservice-international@nzz.ch

Inserate: Publicitas, NZZ Media
Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich
Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70
E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch
Internet: www.nzzmedia.ch

Druck: Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74, E-Mail: print@nzz.ch

PREISE (INKL. MWST)

Abonnement Inland inkl. Internetausgabe NZZGlobal: 443 Fr. (12 Monate), 244 Fr. (6 Monate), 135 Fr. (3 Monate). Für Umleitungen wird eine Bearbeitungsgebühr von 7 Fr. erhoben. Unterbrüche, die mehr als 6 aufeinanderfolgende Ausgabetermine umfassen, werden ab der 7. Ausgabe vergütet.

Abonnement inkl. NZZ am Sonntag und Internetausgabe NZZGlobal: 532 Fr. (12 Monate), 300 Fr. (6 Monate), 170 Fr. (3 Monate)

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. Internetausgabe NZZGlobal: 33 € (pro Monat bei Jahresabonnement). Übrige Auslandpreise auf Anfrage

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- und Lehrlingsausweis)

Abonnement NZZGlobal: 310 Fr. (12 Monate), 170 Fr. (6 Monate), 95 Fr. (3 Monate)

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2008

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verkaufte Auflage: 143 875 Expl. (WEMF 2007)

GESCHAFTSLEITUNG

Markus Spillmann,
Daniel Hofer, Alfred Hümmelich

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG